

Antrag 10/I/2021**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Koalitionsvertrag (Konsens)****Lehren aus der Krise – Gemeinsam die sozial gerechte Transformation unserer Gesellschaft vorantreiben!**

1 Die Corona-Krise zeigt in aller Deutlichkeit die Stärken
2 und Schwächen unseres Sozialstaates auf: Für Menschen
3 in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung greift in
4 Krisen das Kurzarbeitergeld. Liegt der Verdienst deutlich
5 über dem gesetzlichen Mindestlohn, kann das Kurzarbei-
6 tergeld sogar existenzsichernd sein. Die Rentenversiche-
7 rung ist stabil und die Renten konnten trotz der Krise zum
8 1. Juli 2020 kräftig steigen. Das ist in Zeiten, in denen Kon-
9 junkturpakete zum Ankurbeln der Wirtschaft geschnürt
10 werden mussten, nur folgerichtig.

11

12 Die Wichtigkeit und Bedeutung eines starken Sozialstaa-
13 tes zeigen sich aber auch darin, dass Menschen in Berei-
14 chen um ihre Existenz bangen mussten, wo der Sozial-
15 staat nicht so stark ist. Das sind u.a. die Selbstständigen,
16 Minijobber*innen oder Kulturschaffende.

17

18 Damit sich die bestehenden Ungleichheiten durch die Kri-
19 se nicht verschärfen, müssen wir die Krisenbewältigung
20 sozial gerecht gestalten. In diesem Sinne wollen wir ei-
21 nen Beitrag zum Zukunftsdialog des Parteivorstands „Was
22 folgt aus der Corona-Krise?“ leisten und fordern:

23

24 • Wir brauchen einen starken und handlungsfähigen
25 Staat: Schwarze Null und Schuldenbremse müs-
26 sen einer langfristigen Investitionsoffensive wei-
27 chen. Investitionen sind am Ziel der sozial und öko-
28 logisch nachhaltigen Transformation unserer Wirt-
29 schaft und Gesellschaft zu messen.

30 • Die Gesundheitsversorgung nicht dem Markt über-
31 lassen! Die Gesundheitsversorgung ist ein wesent-
32 licher Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.
33 Wir fordern mehr öffentliche Investitionen in Kran-
34 kenhäuser und einen Stopp bei der Schließung ver-
35 bunden mit einer Prüfung von Wiedereröffnungen.
36 Ausgelagerte Tochterunternehmen sind zurückzu-
37 führen. Die Mittel für die Gesundheitsämter müs-
38 sen aufgestockt werden, um die Verwaltungsseite
39 der Gesundheitsversorgung zu stärken.

40 • Eine krisenfeste Wirtschaft mit Tarifbindung, Mit-
41 bestimmung und Guter Arbeit! Unternehmen, die
42 staatliche Unterstützung in Krisenzeiten oder allge-
43 meine Wirtschaftsförderung sowie öffentliche Auf-
44 träge erhalten, müssen tarifgebunden und mitbe-
45 stimmt sein und Gute Arbeit fördern. Dazu ge-
46 hört auch, dass nur Unternehmen von Unterstüt-
47 zung und Förderung profitieren, die Maßnahmen

- 48 für mehr Geschlechtergerechtigkeit umsetzen. Über
49 die Krise hinaus muss zudem ein Vergabegesetz mit
50 Tariftreueregeln auf Bundesebene geschaffen wer-
51 den.
- 52 • Sicher durch die Krise mit Kurzarbeit: Nicht nur in
53 der Corona-Krise hat sich die Kurzarbeit für die Be-
54 schäftigten bewährt. Das Kurzarbeitergeld federt
55 die schlimmsten finanziellen Einbußen ab. Bei den
56 Sozialversicherungsbeiträgen werden die Arbeitge-
57 benden entlastet, diese Entlastung muss sich auch
58 bei den Beschäftigten bemerkbar machen. Denn
59 60% des normalen Nettolohns reichen vor allem im
60 Niedriglohnsektor nicht zum Leben. Wir fordern ei-
61 ne rote Haltelinie nach unten für das Kurzarbeiter-
62 geld. Zu prüfen ist, ob eine dauerhafte Aufstockung
63 aus den Mitteln der Sozialversicherung finanzier-
64 bar ist und ob andere Möglichkeiten der Finanzie-
65 rung des Kurzarbeitergeldes bestehen. Prekäre Be-
66 schäftigungsverhältnisse außerhalb der Sozialversi-
67 cherungspflicht stehen außerhalb des Kurzarbeits-
68 system. Diese Beschäftigten werden von Krisen be-
69 sondern hart getroffen. Deshalb fordern wir die So-
70 zialversicherungspflicht ab dem 1. Euro.
- 71 • Systemrelevante Berufe aufwerten – Applaus ist
72 nicht genug! In der Corona-Krise hat sich gezeigt,
73 welche Berufe wirklich systemrelevant sind. Lei-
74 der sind Arbeitsbedingungen und Löhne gerade in
75 diesen Bereichen unterdurchschnittlich. Damit sich
76 die Wertschätzung für die Kassierer*innen, Alten-
77 und Gesundheitspfleger*innen und Gebäudereini-
78 ger*innen auch auszahlt, muss die Tarifbindung ge-
79 stärkt werden. Das heißt: Abschaffung des Veto-
80 rechts der Arbeitgebenden bei der Allgemeinver-
81 bindlicherklärung von Tarifverträgen und eine Privi-
82 legierung von Gewerkschaftsbeiträgen bei der Ein-
83 kommenssteuer. Außerdem muss der Mindestlohn
84 auf mindestens 12 Euro erhöht werden. Durch Ar-
85beitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich im
86 Pflegebereich werden die Beschäftigten in diesem
87 Bereich wirksam entlastet.
- 88 • Care-Arbeit gerecht verteilen und entlohnen! Die
89 Corona-Krise darf nicht zu einem gleichstellungs-
90 politischen Rollback und einem Zurückfallen in die
91 1950er Jahre führen. Frauen stemmen einen Groß-
92 teil der Sorgearbeit, indem sie sich um Kinder und
93 pflegebedürftige Angehörige kümmern. Um hier ge-
94 rechte Entlastung zu schaffen, ist die Kinderbe-
95 treuung flächendeckend weiter auszubauen. Dabei
96 müssen jedoch auch die Arbeitsbedingungen und
97 Löhne der Beschäftigten in diesem Bereich verbes-
98 sert werden. Zudem sind weitere Anreize für eine
99 gerecht verteilte Elternzeit zu schaffen. Der Part-
100 nerbonus soll nur Eltern zu Gute kommen, die ihre

Elternzeit in mindestens einem Verhältnis von 1/3 zu 2/3 aufteilen. Der gleichstellungspolitische Rollback kommt auch daher, dass in den meisten Entscheidungsgremien zu wenige Frauen sitzen. Themen wie Familie, Bildung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden von Männern offenbar noch viel zu selten mitgedacht. Daher ist es Zeit, dass alle politischen Entscheidungsgremien immer paritätisch besetzt sein müssen.

- „Digital Divide“ verhindern – Digitale Bildung für alle Kinder! Zuschüsse für Laptops und Tablets sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Damit digitale Bildung allen Kindern zu Gute kommt und nicht bestehende Ungleichheiten verschärft, muss der Digitalpakt Schule aufgestockt werden.
- Die Lasten der Krise gerecht verteilen – Starke Schülern müssen mehr tragen! Die Kosten der Krise dürfen nicht auf diejenigen abgewälzt werden, die ohnehin darum kämpfen, über die Runden zu kommen. Die Krise und ihre Bewältigung fordert Solidarität. Diese Solidarität muss durch eine gerechte Finanzierung der Krise ihren Ausdruck finden in Form einer einmaligen Vermögensabgabe, der Wiedererhebung der Vermögenssteuer, einer Reform der Erbschaftssteuer sowie die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer.

Begründung

Wir brauchen einen starken und handlungsfähigen Staat

Die ersten schnellen, zugleich überlegten und zielgerichteten Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben uns vor Schlimmerem bewahrt. Mit einer harten Sparpolitik und einem verzweifelten Festklammern an der „Schwarzen Null“ hätten wir die vielen Menschen in unserem Land im Regen stehen gelassen. Marktgläubigkeit und Sparwahn helfen in Krisensituationen nicht weiter, im Gegenteil, sie begünstigen Krisen. Kaputt gesparte Krankenhäuser, zu wenig Personal in den Gesundheitsämtern kosten in einer Pandemie im schlimmsten Fall Leben. Deshalb ist eine Lehre dieser Krise, dass wir einen starken und handlungsfähigen Staat brauchen, der nicht vor großen Investitionen zurückschreckt, sondern zielgerichtet und lenkend Investitionen tätigt, die den Vielen zu Gute kommen und der sozial und ökologisch nachhaltigen Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft dienen.

Die Gesundheitsversorgung nicht dem Markt überlassen!

Diese Krise zeigt uns, dass der Markt die Gesundheits-

154 versorgung nicht regelt, sondern zerstört. Das kostet im
155 Zweifel Menschenleben und das lassen wir nicht zu. Wir
156 brauchen nicht weniger, sondern mehr Krankenhäuser
157 mit mehr Personal und einer versorgungsgerechten Aus-
158 stattung an Betten, Räumen, Geräten und sonstigen Sach-
159 mitteln. Ausgründungen, Privatisierungen und Teilprivati-
160 sierungen bergen nicht nur erhebliche Nachteile für die
161 Beschäftigten, sondern verhindern auch, dass die Kontrol-
162 le und Planung in einer Hand liegen, in der öffentlichen.

163

164 **Eine krisenfeste Wirtschaft mit Tarifbindung, Mitbestim-**
165 **mung und Guter Arbeit!**

166 Zum Erhalt von Arbeitsplätzen müssen in Not geratenen
167 Unternehmen Unterstützung durch den Staat erhalten.
168 Allerdings darf es diese Unterstützung nicht zum Null-
169 tarif geben. Die Unterstützung darf auch nicht dafür ge-
170 nutzt werden, Umstrukturierungen auf dem Rücken der
171 Beschäftigten durchzuführen. Vielmehr muss der Staat
172 Gute Arbeit, Mitbestimmung und Tarifbindung fördern.
173 Die Krise darf nicht dazu führen, Arbeitnehmer*innen-
174 rechte zu umgehen. Im Gegenteil: Auch diese Investitio-
175 nen müssen dem Kriterium der sozialen Nachhaltigkeit
176 gerecht werden. Der Staat kann hier ganz konkret Anrei-
177 ze für Gute Arbeit schaffen. Darüber hinaus ist auch bei
178 der Gewährung von Staatshilfen und Wirtschaftsförde-
179 rung die Gleichberechtigung in den Blick zu nehmen. Un-
180 terstützung und Förderung soll nur denjenigen Unterneh-
181 men zu Gute kommen, die Maßnahmen zur Frauenförde-
182 rung, wie etwa wirksame Quoten, umsetzen. Da diese Kri-
183 se uns auch zeigt, dass die bisherigen Errungenschaften in
184 der Gleichstellung der Geschlechter weiterhin verteidigt
185 werden müssen, ist es notwendig die Unterrepräsentati-
186 on von Frauen in Führungspositionen zu beenden. Es geht
187 jedoch auch darum, dass die Gleichstellung bei jedem
188 Konjunkturpaket, das wir für unsere Wirtschaft schnü-
189 ren, mitgedacht wird. Die Hilfen in der Corona-Pandemie
190 sahen spürbar weniger Mittel für Branchen vor, in de-
191 nen überwiegend Frauen tätig sind, wie beispielsweise in
192 der Pflege- oder Gebäudereinigungsbranche, obwohl ge-
193 rade diese Beschäftigten das Land am Laufen halten. Des-
194 halb muss auch bei der Aufstellung finanzieller Hilfen der
195 Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter verwirk-
196 licht werden. Dies reiht sich auch in unsere Beschlusslage
197 im Landesvorstand Berlin ein, die das Gender Budgeting
198 fordert. Das gilt über den Landeshaushalt hinaus auch für
199 die Aufstellung von Hilfspaketen.

200

201 **Sicher durch die Krise mit Kurzarbeit**

202 Bereits in der Finanzkrise 2008/2009 hat sich Kurzarbeit
203 bewährt und über die Krise hinaus Arbeitsplätze gesi-
204 chert. Zahlen und Ausmaß der Kurzarbeit in der Corona-
205 Krise sind weitaus dramatischer als in der Finanzkri-
206 se, da fast alle Branchen betroffen sind. Damit Massen-

207 kündigungen vermieden werden können, müssen auch
208 die Arbeitgebenden unterstützt werden. Allerdings dür-
209 fen dabei nicht die Beschäftigten vergessen werden. Un-
210 ternehmen haben die Möglichkeit, Rücklagen zu bilden
211 und sich in der Krise anzupassen. Kleine Privathaushalte
212 mit geringen Einkommen haben diese Spielräume gera-
213 de nicht, weshalb sie unterstützt werden müssen. Im Rah-
214 men der Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge für
215 die Arbeitgebenden muss dieser Vorteil an die Beschäf-
216 tigten weitergegeben werden. Auf Branchen und Unter-
217 nehmen ist zudem politischer Druck auszuüben, in Krisen-
218 situationen Tarifverträge zur arbeitgeberseitigen Aufsto-
219 ckung des Kurzarbeitergeldes abzuschließen. In Krisenzei-
220 ten zeigt sich besonders deutlich, dass Niedriglöhne al-
221 les andere als krisenfest sind und gerade Beschäftigte, die
222 abseits des Normalarbeitsverhältnisses nicht der Sozial-
223 versicherungspflicht unterliegen, besonders hart getrof-
224 fen werden. Deshalb fordern wir die Sozialversicherungs-
225 pflicht ab dem 1. Euro. Im Niedriglohnbereich reicht das
226 staatliche Kurzarbeitergeld meist nicht aus, um gut über
227 die Runden zu kommen, weshalb der Mindestlohn, der
228 später Grundlage für die Berechnung des Kurzarbeitergel-
229 des ist, angehoben werden muss.

230

231 **Systemrelevante Berufe aufwerten – Applaus ist nicht ge-**
232 **nug!**

233 Die Corona-Krise hat uns allen deutlich vor Augen geführt,
234 welche Jobs wirklich systemrelevant sind. Wir haben alle
235 noch die Bilder vor Augen von Kassierer*innen und Mitar-
236 beiter*innen im Einzelhandel, die Sonderschichten schie-
237 ben, damit die Regale schnell wieder gefüllt sind und die
238 Schlangen an den Kassen nicht zu lang werden. Auch
239 die Gebäudereiniger*innen, die in den nicht geschlosse-
240 nen Gebäuden Türklinken desinfizieren und dafür sor-
241 gen, dass hygienische Standards eingehalten werden, ha-
242 ben in dieser Krise bisher Großes geleistet. Insbesondere
243 die Pfleger*innen, die durch den engen Kontakt zu ande-
244 ren Menschen einem besonders hohen Risiko ausgesetzt
245 sind und waren, hatten noch mehr zu tun als ohnehin
246 bereits schon. All diese Beschäftigten werden jedoch zu-
247 meist schlecht entlohnt, sind oftmals nicht gewerkschaft-
248 lich organisiert und unterfallen keinem Tarifvertrag. Viele
249 Menschen haben erkannt, dass diese Beschäftigten Wert-
250 schätzung und Anerkennung verdienen, die sich auszahlt
251 und sich nicht in Applaus und Dankesworten erschöpft.

252

253 **Care-Arbeit gerecht verteilen – gleichstellungspolitischen**
254 **Rollback verhindern!**

255 In dieser Krise hat sich besonders deutlich gezeigt, dass
256 in Sachen Gleichstellung noch viel Arbeit vor uns liegt.
257 Wenn wir nicht in Rollenbilder der 1950er Jahre zurück-
258 fallen wollen, wo Männer das Geld nach Hause bringen
259 und die Frauen zuhause bleiben und sich um die Kin-

260 der kümmern, müssen wir die gerechte Verteilung von
261 Sorgearbeit anpacken. Damit Familie und Beruf kompaa-
262 tibil werden, ist die Kinderbetreuung weiter auszubau-
263 en. Zugleich muss aber sichergestellt werden, dass sich
264 das Problem nicht nur verschiebt und Erzieher*innen die
265 Leid tragenden sind. Vielmehr müssen die Arbeitsbedin-
266 gungen und die Entlohnung in diesem Bereich verbes-
267 sert werden, damit die bezahlte Sorgearbeit nicht prekär
268 wird. Damit nicht wie bisher vor allem Frauen die Eltern-
269 zeit in Anspruch nehmen und so Brüche in der Erwerbs-
270 biographie entstehen, die verringerte Aufstiegschancen
271 nach sich ziehen, ist die Elternzeit so auszugestalten, dass
272 die Sorgearbeit gerechter verteilt werden kann. Es müssen
273 entsprechende Anreize geschaffen werden, die eine sol-
274 che Verteilung begünstigen. Die bisherigen Erfahrungen
275 zeigen, dass Frauen oftmals 12 Monate Elternzeit in An-
276 spruch nehmen, Männer hingegen lediglich zwei Mona-
277 te. Diesbezüglich ist eine gerechtere Verteilung entspre-
278 chend zu fördern. Hinzukommt, dass Entscheidungen des
279 Lockdowns und der Lockerungen zunehmend auf dem Rü-
280 cken von Frauen und Familien ausgetragen wurden. Das
281 erweckt den Anschein, dass Männer nach wie vor Themen
282 wie Bildung, Familie sowie Vereinbarkeit von Familie und
283 Beruf nicht ausreichend mitdenken. Entscheidungsgremi-
284 en in Politik und Verwaltung müssen daher immer parität-
285 isch besetzt sein.

286

287 **„Digital Divide“ verhindern – Digitale Bildung für alle Kin-**
288 **der!**

289 Damit der digitale Unterricht zu Hause allen Schüler*in-
290 nen gute Bildung ermöglicht, müssen diejenigen unter-
291 stützt werden, denen es bisher an der notwendigen tech-
292 nischen Ausstattung fehlt. Wer ein digitales Endgerät und
293 damit Zugang zur digitalen Bildung hat, darf nicht der
294 Geldbeutel der Eltern entscheiden. Der digitale Unter-
295 richt, der in der Corona-Pandemie an Bedeutung gewon-
296 nen hat und auch danach nicht vorbei sein wird, darf
297 nicht dazu führen, dass manche Schüler*innen auf der
298 Strecke bleiben. Im Gegenteil, die Möglichkeiten der Di-
299 gitalisierung müssen allen Schüler*innen gleichermaßen
300 zu Gute kommen. Neben einem Internetzugang ist ein
301 entsprechendes Endgerät auf der technischen Seite die
302 wichtigste Voraussetzung, teilhaben zu können. Darüber
303 hinaus müssen ausreichend Mittel zur Verfügung stehen,
304 um Lernmaterialien für den Online-Unterricht fit zu ma-
305 chen und auch die Lehrkräfte entsprechend darauf vorzu-
306 bereiten und fortzubilden. Dazu zählt auch der flächen-
307 deckende Breitbandausbau an Schulen, die Einrichtung
308 von WLAN und die technische Ausstattung, damit der Un-
309 terricht sowohl analog als auch digital stattfinden kann.
310 Denn Kinder aus Risikogruppen werden vielleicht lange
311 nicht zur Schule gehen können und könnten somit den
312 Unterricht von zu Hause verfolgen.

313

314 **Die Lasten der Krise gerecht verteilen – Starke Schultern**
315 **müssen mehr tragen!**

316 Die Ausgaben bei der Bekämpfung der Auswirkungen der
317 Corona-Pandemie sind enorm. Um die notwendigen Maß-
318 nahmen auch weiterhin zu finanzieren, bieten sich meh-
319 rere Möglichkeiten an. Dabei gilt weiterhin: der Finan-
320 zierung unseres Gemeinwesens muss das Leistungs-
321 higkeitsprinzip zugrunde liegen. Starke Schultern können
322 mehr leisten als schwache, dies ist in der aktuellen Situa-
323 tion auch einzufordern. Darüber hinaus kann eine Reform
324 hin zu einer leistungsgerechteren Steuerpolitik die gesell-
325 schaftlich wie volkswirtschaftlich schädliche Ungleichheit
326 von Einkommen und Vermögen verringern. Hier bietet die
327 Krise eine Chance, diese sollten wir nutzen.